mehr ist als Heidi und Schoggi

Martin Dahinden mit alt Bundesrat Didier Burkhalter (l.) ...

... und neben alt Bundesrätin Micheline Calmy-Rey.

unsere Beurteilungen eben nicht allein auf Twitter, sondern wir sammeln umfassende Informationen.

Wenn Trump twittert, lenkt er also von etwas anderem ab?

Das sage ich nicht. Aber man kann die Welt nicht auf 140 Zeichen reduzieren. Man kann aber Themen setzen, wie es Herrn Trump im Wahlkampf gelungen ist.

Die Schweiz möchte mit den USA ein Freihandelsabkommen. Trump ist aber nun wirklich kein Freund davon.

Das stimmt so nicht. Herr Trump hat eine Abneigung gegen multilaterale Freihandelsabkommen wie das transpazifische Abkommen, das gekündigt wurde. Er ist aber nicht gegen bilaterale Freihandelsabkommen.

«US-Unternehmen kennen unsere Wirtschaft.»

Denn in diesen sieht man in den Augen der Amerikaner klarer, in welchen Punkten man zu den Gewinnern und wo zu den Verlierern gehört.

Edward McMullen, der US-Botschafter in Bern, will Schweizer Firmen Investitionsmöglichkeiten in den USA zeigen. Machen auch Sie für US-Firmen Touren durch die Schweiz?

US-Unternehmen kennen unsere Wirtschaft recht gut. Interessiert sind sie eher an politischen Kontakten. Zweimal haben wir mögliche Investoren in die Schweiz eingeladen, bei denen es zu Treffen mit Bundesräten kam. Dabei stellen sie immer die gleichen Fragen: Nach unserem Verhältnis zur EU, ob sie mit einem Sitz in der Schweiz auch Marktzugang zur Europäischen Union haben. Ob sie kurzfristig ausländische Spezialisten in die Schweiz holen könnten. Und wie unsere Steuervorlage 2017 vorankommt.

ftsförderern

Bundespräsident Alain Berset hat grosse Pläne für das WEF in Davos.

POLITIK & WIRTSCHAFT

Höhere Managerlöhne

Zürich – Schweizer Chefs können sich dieses Jahr wegen der guten Wirtschaftslage auf leicht höhere Saläre einstellen. Das erwartet die Vergütungsberatungsfirma HCM Hostettler & Company. Insgesamt zahlen die 100 grössten kotierten Konzerne in der Schweiz 1,244 Milliarden Franken an ihre Chefs aus.

Börsenboom hilft Pensionskassen

Zürich – Schweizer Pensionskassen geschäfteten 2017 so gut wie zuletzt 2009. Gemäss UBS-Pensionskassenbarometer verdanken die Kassen ihre durchschnittliche Rendite von 7,8 Prozent dem Börsenhoch. Besonders erfolgreich liefen die Geschäfte der kleinen Vorsorgewerke, heisst es.

Verkauf ab Hof boomt

Brugg AG – Immer mehr Bauernhöfe verkaufen ihre Produkte ab Hof. Laut Bauernverband stieg die Zahl der Betriebe mit Hofverkauf seit 2010 innert sechs Jahren um 60 Prozent auf 11 358 Bauernbetriebe an. Damit reagierten die Landwirte auf den Preisdruck durch die Händler, so der Verband.

Denner macht erstmals 3 Milliarden Umsatz

Zürich – Migros-Tochter Denner erzielte im Geschäftsjahr 2017 insgesamt einen Umsatz von 3,06 Milliarden Franken. Das ist so viel wie noch nie.

Börse & Devisen

SMI	9509.8 (+0.6%) ↗
DOW JONES	26 071.7 (+0.2%) ↗
EURO/CHF	1.18 ↗
USD/CHF	0.96 ↗
GOLD	41 220 Fr./kg ↗
ERDÖL	68.83 $/Fass ↘

No No Billag

Bei BLICK on tour war die weit überwiegende Mehrheit von mehr als 300 Gästen gegen die Vorlage vom 4. März. Neue Umfragen zeichnen ein ähnliches Bild. Jetzt kann es nur noch die SRG selbst vermasseln.

BLICKpunkt

von Christian Dorer, Chefredaktor der Blick-Gruppe
christian.dorer@ringier.ch

No Billag oder No No Billag? Die Schweiz erlebt einen der emotionalsten Abstimmungskämpfe in jüngster Zeit.

Es geht um die Zukunft der SRG – ein extrem umstrittenes Thema. Das zeigte sich am Mittwochabend bei BLICK on tour in Luzern: Erstmals trafen Doris Leuthard (54) und Olivier Kessler (31) direkt aufeinander. «Ich weiss nicht, in welcher Welt Sie leben!», wies die Medienministerin den Initianten von No Billag zurecht – und bezeichnete sein Volksbegehren als «Bockmist». Kessler gab zurück: «Panikmache!» Und in Online-Kommentaren zu No Billag fliegt der SRG blanker Hass entgegen.

Selbst seriöse Medien machen Propaganda gegen Schweizer Radio und Fernsehen. Die Tamedia, Herausgeberin von «SonntagsZeitung», «Tages-Anzeiger» und «20 Minuten», druckte wochenlang Schlagzeilen, die eine Zustimmung suggerieren: «Drei von vier SVP-Wählern sind für die No-Billag-Initiative»! «So einseitig berichtet SRF über No Billag»! «Weiterhin klares Ja für No Billag»! «57 Prozent Ja zur No-Billag-Initiative»!

Kein Wunder: Tamedia würde mit dem Untergang der SRG viel Geld verdienen. Vor wenigen Wochen machte das Zürcher Verlagshaus ein Übernahmeangebot für den Werbevermittler Goldbach Media. Der vermarktet die Werbefenster grosser deutschen TV-Sender in der Schweiz. Gäbe es keine SRG mehr, würde dieses Geschäft – und damit der Umsatz von Tamedia – massiv zulegen. Gestern gab der «Tages-Anzeiger» Gegensteuer und publizierte eine neue Umfrage, nach der 59 Prozent der Stimmbürger No Billag ablehnen.

Wie dem auch sei: Wer an Umfragen glaubt, verhält sich wie jemand, der wissen will, wie das Wetter ist – und statt aus dem Fenster auf sein Smartphone schaut. Selbstverständlich ist die Natur immer genauer als eine App. Und wirkliche Menschen vermitteln ein besseres Bild als jedes Meinungsforschungsinstitut.

Deshalb war BLICK on tour in Luzern ein guter Gradmesser. Mehr als 300 Bürger kamen zum Podiumsgespräch. Die Stimmung war eindeutig gegen No Billag. Wenn schon das konservative Luzern Nein zu dieser Initiative sagt, hat sie am 4. März wohl in der ganzen Schweiz wenige Chancen.

Dazu hat auch der schwache Auftritt der No-Billag-Befürworter beigetragen. Sie verstrickten sich in Widersprüche. So verlangt die Initiative wörtlich: «Der Bund subventioniert keine Radio- und Fernsehstationen.» Doch um zu belegen, dass die Sprachenvielfalt selbst nach einem Ja zu No Billag gewährleistet sei, argumentieren die Initianten mit Artikel 70 der Bundesverfassung, der die Förderung von Italienisch und Rätoromanisch vorschreibt. Ja, was gilt jetzt?

Von den Befürwortern der Initiative geht also keine allzu grosse Gefahr für die SRG aus. Sie kann es nur noch selber vermasseln – etwa mit der «gewissen Arroganz», die selbst Bundesrätin Leuthard beobachtet.

Auch dafür ein kleines Beispiel: Radio SRF 1 brachte einen ausführlichen Beitrag über BLICK on tour – sprach aber überheblich von einer «Veranstaltung in Luzern». Kein Wort darüber, dass ein anderes Medienunternehmen Organisatorin war. Das wirkte, als würde BLICK über die SRF-«Arena» berichten und von einer «TV-Sendung aus Zürich» schreiben.

Schwamm drüber! Das Westschweizer Radio hat korrekt berichtet, die Deutschschweizer Radio-Chefin entschuldigte sich. Doch die Petitesse ist ein Hinweis darauf, dass SRG-Generaldirektor Gilles Marchand (55) noch viel zu tun hat. Er versprach eine SRG, die bescheidener auftritt, weniger Geld kostet und mit privaten Medien partnerschaftlich zusammenarbeitet.

Buhrufe für FDP-Bundesrat an Albisgüetli-Tagung

Cassis ohne Chance gegen Blochers Stahlhelmfraktion

Auch dank der Stimmen der SVP-Fraktion war er im Herbst in die Landesregierung gewählt worden. Und so überraschte es nicht, dass Ignazio Cassis (56) gestern der bundesrätliche Gast der 30. Albisgüetli-Tagung der SVP war.

Doch mit seiner Einladung waren die Nettigkeiten auch schon vorbei. **Sprengthema des Abends: das institutionelle Rahmenabkommen mit der EU.** Für alt Bundesrat Christoph Blocher (77) war klar: Der Bundesrat sei ein «Gauner», weil er durch das Rahmenabkommen mit der EU das Schweizer Volk «beklaut».

Jährlich grüsst der Blocher-Zorn an der Albisgüetli-Tagung. Vom «Staatsstreich» redete er auch dieses Jahr wieder, weil Parlament, Gerichte und Regierung den Volkswillen «ausschalten». Zuvor dirigierte der Zürcher Milliardär aber noch leidenschaftlich die Kavalleriemusik – mit Stahlhelm und in Uniform.

Geschickt: Nach alter Sitte hätte Ignazio Cassis das letzte Wort des Abends gehabt – nach Blochers Redeschwall. **Doch der Freisinnige schob sich mit einer Ausrede vor den SVP-Übervater.** Dadurch konnte der Tessiner die Rede durchziehen, ohne auf Blochers Beschimpfung eingehen zu müssen.

Bundesrat Cassis warb im Albisgüetli für ein «Marktzugangs-Abkommen».

Christoph Blocher dirigierte das Zürcher Kavallerie-Orchester.

Fotos: Peter Gerber, Thomas Meier, Keystone, Getty Images

So versuchte Cassis zu umschreiben, wie er den berühmten «Reset-Knopf» – mit dem er im Wahlkampf Stimmen der SVP holte – beim Rahmenabkommen mit der EU jetzt drücken will: **«Nennen wir doch das Kind beim Namen: Wir wollen ein Marktzugangsabkommen»,** so der FDP-Magistrat. Nur ein solches garantiere Wohlstand. «Wenn Sie gute Geschäfte machen wollen, müssen Sie auch für gute Beziehungen sorgen. Aber ohne geregelte Beziehungen schwimmt unser Wohlstand davon.»

Doch ganz enttäuschen wollte er die 1500 SVPler im Saal nicht. «Wir wollen keine fremden Richter, welche Schweizer Recht auslegen. Ebenfalls wollen wir nicht, dass EU-Recht automatisch übernommen wird», bediente Ignazio Cassis das SVP-Publikum – und erntete Applaus. **Dieser ging dann aber schnell in Buhrufe über,** als Cassis sagte: «Wo EU-Recht betroffen ist, wollen auch EU-Richter mitreden.»

Und der Tessiner beschwichtigte: Würde das Resultat der Verhandlungen mit der EU ein «Kolonialvertrag, dann sagen wir Nein!» Es gebe keinen Zwang. «Wir sind frei, das Resultat einer Verhandlung zu akzeptieren oder nicht.» Das Resultat bei einem Nein sei aber «Wohlstandverlust».

Und so appellierte er: «Liebe SVP: Drücken wir doch die Reset-Taste gemeinsam und suchen wir jetzt einen praktikablen Weg.» Es gehe nur mit einem Kompromiss. «Manchmal muss man die Kröte schlucken, um ein gutes Stück Kuchen zu kriegen.» Und das Publikum buhte, wieder.

Cinzia Venafro